

Vorlagen-Nr.: MV/1034/2011-2016		
Vorlage-Art: Mitteilungsvorlagen	Datum: 01.10.2015	
	Ansprechpartner/in: Herr Heeren	
Gremium:	Datum:	Status:
Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie	15.10.2015	Ö

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter	Mitzeichner/in	Bürgermeister
--------------------------	-------------------------	-----------------------	----------------------

Beratungsgegenstand:

Zuweisung und Unterbringung von Flüchtlingen; hier: Situationsbericht der Verwaltung

Sachverhalt:

Bekanntlich ist die Quote der Stadt Jever hinsichtlich der Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen allein für das Jahr 2015 von bisher 59 Personen auf nunmehr 146 Personen aufgestockt worden. Diese Anhebung der Aufnahmequote geht nach Auskunft der Ausländerbehörde darauf zurück, dass nach Schätzungen der Bundesregierung in diesem Jahr insgesamt ca. 800.000 Flüchtlinge im Bundesgebiet erwartet werden.

Die Stadt Jever hat im laufenden Jahr bis Anfang Oktober etwas mehr als 100 Flüchtlinge aufgenommen. Mit Erfüllung der Aufnahmequote (146 Personen) sowie den bereits in den Vorjahren zugewiesenen Flüchtlingen werden am Ende des Jahres in etwa 200 Flüchtlinge zu betreuen sein.

Aufgrund der anhaltenden positiven Willkommenskultur wird der zur Verfügung stehende Wohnraum diesjährig ausreichen. Sollte sich die „Flüchtlingswelle“ in der bisherigen Größenordnung auch im nächsten Jahr entsprechend fortsetzen, wird die Wohnraumversorgung schwieriger werden.

Vorausschauende Planungen sind derzeit kaum möglich, denn über den Umfang bzw. das weitere Ausmaß der zukünftigen Flüchtlingsversorgung kann momentan nur spekuliert werden. Hier ist vieles, neben der reinen Anzahl der Flüchtlinge, auch von den zukünftigen Entscheidungen von Land, Bund und selbst der EU abhängig.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Stadt Jever derzeit noch, zwar mit großer personeller Anstrengung und unter Mithilfe der Integrationslotsen und den örtlichen sozialen Einrichtungen bzw. Sozialverbänden (Tafel, DRK-Kleiderkammer, Möbeldienst der Diakonie etc.), ihren Verpflichtungen nach dem Aufnahmegesetz

nachkommen wird. Im Übrigen kann die weitere Entwicklung nur abgewartet werden, verbunden mit der Hoffnung, dass die Handelnden und Beteiligten vor Ort rechtzeitig über die sich abzeichnenden neue Zuweisungszahlen informiert werden, um angemessene Vorbereitungen treffen zu können.

Neben der reinen Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge wird zukünftig die Integration, insbesondere von Flüchtlingen aus Ländern mit einer hohen Anerkennungsquote, größere Anstrengungen erfordern.

In der Sitzung steht unter anderem die Sozialarbeiterin, Frau Münk, für weitere Fragen und konkretere Auskünfte zur Verfügung.